

# Gegen Abschiebung: Drei Abgeordnete sollen helfen

**Herzogenaurach** – Die Flüchtlingsbetreuung Herzogenaurach (FBH) setzt ihre Bemühungen fort, der Abschiebung bedrohter Menschen ein Ende zu setzen. An einer Unterschriftenaktion hatten sich 530 Bürger beteiligt, teilt Uschi Schmidt mit. Unterstützend dazu wurde nun mit Abgeordneten gesprochen. Stefan Müller, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (CSU), Martina Stamm-Fibich von der SPD und die Grüne Europaabgeordnete Barbara Lochbihler hatten ein Ohr für die Sorgen.

Stefan Müller, der auch für die berufliche Bildung zuständig ist, nahm sich eine Stunde Zeit, mit Karin Peucker-Göbel und Rudi Weber (beide von der FB Herzogenaurach) und Vertretern der WAB Kosbach die Ablehnungsbescheide zu diskutieren, die bereits im Herbst große Resonanz in der Bevölkerung ausgelöst hatten, berichtet Schmidt. Zur Erinnerung: Im Dezember wurden 530 Unterschriften für Familien gesammelt, die in ihrem Heimatland bedroht wurden und denen das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) dennoch einen Ablehnungsbescheid zugeschickt hat.

Viele Bürger, so berichtet die Helferin, können die Argumentation des Bamf nicht nachvollziehen. Die FB beklagt die oft mangelnde Qualifikation der Mitarbeiter und Dolmetscher während der Anhörung. Unter anderem werde nicht alles über-



Mit Stefan Müller von der CSU (links) diskutierten Karin Peucker-Göbel, Rudi Weber, Victor Ozobiara, Andreas Hirrl, Jürgen Ganzmann und Alexandra Graf.

Foto: privat

setzt, was der Flüchtling gesagt habe. Aber nur wenige Flüchtlinge seien in der Lage, das zu überblicken. Die Flüchtlinge würden außerdem angehalten, gleich nach der Anhörung das Protokoll zu unterschreiben.

## Verdacht

Uschi Schmidt führt noch viel mehr Punkte auf, die sie auch den Abgeordneten mitteilt hat. Für sie und ihre Kollegen von der Flüchtlingsbetreuung besteht der Verdacht, dass die Bescheide des Bamf nicht auf die Schutzfähigkeit des Einzelnen zielen, sondern darauf, Ablehnungen im Sinn des „politischen Willens“ ohne Ansehen der Person zu erteilen.

Ein weiteres Problem ist, dass oft Ausbildungen nicht genehmigt werden, weil Asylsuchende ja vielleicht einen Negativbe-

ne Ausbildung sei aber auch sinnvoll, damit die Betroffenen gegebenenfalls mit ihren neu erworbenen Fertigkeiten eines Tages zum (Wieder-)Aufbau ihrer Heimatländer einen aktiven Beitrag leisten können.

Alexandra Graf und Andreas Hirrl, beide Mitarbeiter der WAB Kosbach, berichten von jungen motivierten Afghanen, die bereits die Ausbildungsqualifizierung erfolgreich absolviert haben und im Herbst einen Ausbildungsplatz sicher haben. „Aber sie dürfen ihn nicht antreten, sie werden abgeschoben“, heißt es.

## Kontakt mit dem Bundesamt

Dass Afghanistan sicher ist, da bestünden aber doch große Zweifel. Gerade junge Männer würden dort vom Islamischen Staat rekrutiert. Genau wegen dieser Gefahr seien viele aus ihrem Heimatland geflohen. Statt Hoffnung und eine Zukunftsperspektive zu geben, werde den Menschen und den Betreuern der Lebensmut genommen.

Stefan Müller habe versprochen, sich die Bescheide im Einzelnen anzusehen und mit dem Bundesamt Kontakt aufzunehmen. Das will auch die Grüne Europaabgeordnete Barbara Lochbihler tun, ebenso wie Martina Stamm-Fibich von der SPD. „Sie hatte schon im Februar gesprochen, sich um das Anliegen der Herzogenauracher zu kümmern, zusammen mit der Asylbeauftragten im Bundestag, Gabriela Heinrich“, schreibt Schmidt abschließend. *red*

scheid bekommen könnten. Jürgen Ganzmann von der WAB Kosbach betont die oft verzweifelte Suche vieler Handwerksbetriebe nach Lehrlingen.

Viktor Ozobiara aus Afghanistan könnte zwischen drei Ausbildungsstellen als Pfleger wählen, wenn er denn dürfte. „Aber aufgrund der Ablehnung seines Asylanspruchs darf er keine Ausbildung beginnen“, heißt es in der Pressemitteilung.

## Ausbildung schafft Integration

Auch Staatssekretär Müller sieht laut Pressebericht ein Problem darin, gerade junge Asylbewerber, die bereits einen konkreten Ausbildungsplatz in Aussicht haben, abzuschieben. Eine Berufsausbildung wäre aus seiner Sicht die beste Voraussetzung dafür, dass Integration in Deutschland gelingen kann. Ei-